

(Ministerin Gabriele Behler)

A) zung - auch aus den Reihen der Regierungsfraktionen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Herr Clement an Ihrer Seite!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich **schließe** hiermit die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 05**. Sie kennen die **Beschlußempfehlung Drucksache 12/2605**. Wer dieser Beschlußempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Beschlußempfehlung **entsprochen** und der Einzelplan 05 durch das Plenum bestätigt worden.

Ich rufe auf

#### **Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung**

B) Ich weise hin auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/2606, **eröffne die Beratung** und erteile Herrn Kollegen Kuhmichel für die Fraktion der CDU das Wort.

**Manfred Kuhmichel (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Wissenschaftshaushalt für das Jahr 1998 ignoriert erneut in unverantwortlicher Weise die berechtigten Forderungen und Proteste

(Unruhe - Glocke)

der Lehrenden und Lernenden an den nordrhein-westfälischen Hochschulen.

(Beifall bei der CDU)

Er ist deshalb das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt steht. Dieser perspektivlose Wissenschaftshaushalt wird somit von uns mit aller Entschiedenheit abgelehnt.

(Beifall bei der CDU)

Die Studentenproteste der letzten Wochen haben die langjährigen vergeblichen Warnungen und Forderungen der CDU-Landtagsfraktion in diesem

Hause plakativ und unübersehbar an die Öffentlichkeit gebracht. (C)

Für die heutige Situation an den Hochschulen unseres Landes ist eine massive Überfüllung in vielen Fachbereichen kennzeichnend. Sie ist verbunden mit einer Verschlechterung der Betreuungssituation, zahlreichen Zugangsbeschränkungen, künftig weiter steigenden Studentenzahlen bei gleichzeitig stagnierenden Hochschulabschlüssen sowie hohen Abbrecherquoten und langen Studienzeiten.

Diese äußerst mißliche Situation haben wir seit mehr als zehn Jahren bis heute in zahlreichen Anträgen und Initiativen immer wieder problematisiert und die Landesregierung wiederholt zur Wahrnehmung ihrer hochschulpolitischen Aufgaben in Eigenverantwortung aufgefordert. Unsere seriös begründeten und finanzierbaren Vorschläge wurden samt und sonders vom Tisch gefegt. Untätigkeit wurde zum Prinzip des hochschulpolitischen Handelns in unserem Lande erhoben.

Noch im April diesen Jahres haben wir die Landesregierung und damit ganz besonders Sie, Frau Ministerin Brunn, vergeblich aufgefordert, bei den Vorarbeiten zur Erstellung des Haushaltsentwurfes 1998 alle Möglichkeiten zur Umschichtung zugunsten des Wissenschaftshaushaltes auszuloten. Ziel dieser Unternehmung sollte es sein, den zuständigen Fachausschuß frühzeitig vor der Erstellung des Haushaltsentwurfes 1998 über die Ergebnisse der Suche nach höheren Prioritäten für die Wissenschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen zu informieren. Dabei ging es uns erneut darum, nach neuen Spielräumen in der Haushaltspolitik unseres Landes zu suchen, um insbesondere dem unabweisbaren Handlungsbedarf im Hochschulbau besser als bisher zu entsprechen; sogar die grüne Ausschußvorsitzende gab uns in diesem Punkt recht. (D)

Leider wurde unser Antrag dann doch von der rot-grünen Mehrheit abgelehnt, so daß auch - anders als von den GRÜNEN schon für 1997 gefordert - die durchaus vorhandenen Möglichkeiten zur Umschichtung im Haushalts nicht realisiert wurden. Erneut wurden so Zukunftschancen für nachfolgende Generationen nicht genutzt. Der rot-grüne Machterhalt steht eben weit über den Problemlagen der jungen Menschen an unseren Hochschulen.

(Beifall bei der CDU)

(Manfred Kuhmichel [CDU])

- (A) Nach Angaben des Wissenschaftsministeriums gibt es in Nordrhein-Westfalen allein im Bereich des Hochschulbaus und der Sanierung einen gigantischen Investitionsstau von rund 4 Milliarden DM. Auch im Bereich der Hochschulbibliotheken und der apparativen Ausstattung gibt es nach Auskunft der Hochschulen und der protestierenden Studenten einen enormen Nachholbedarf.

Unsere Landtagsfraktion wollte auch bei den Beratungen des Wissenschaftshaushalts für 1998 die mangelnde Finanzausstattung der Hochschulen bei uns nicht einfach tatenlos zur Kenntnis nehmen und sich in Schuldzuweisungen ergehen. Deshalb haben wir in der Wahrnehmung unserer landespolitischen Eigenverantwortung für das nächste Jahr erneut erhebliche zusätzliche Zukunftsinvestitionen für Wissenschaft und Forschung in unserem Bundesland gefordert,

(Beifall bei der CDU)

und zwar 200 Millionen DM für den Hochschulbau, insbesondere für die Sanierung der desolaten Bausubstanz an zahlreichen nordrhein-westfälischen Hochschulen, sowie 50 Millionen DM zur Reduzierung des Investitionsstaus bei der Geräteausstattung und den Bibliotheken.

- (B) Wir alle wissen - oder sollten es wissen -, daß diese zusätzliche ein Viertel Milliarde DM für 1998 kurz- bis mittelfristig manche Not lindern könnte und endlich eine geeignete konkrete Antwort auf die verständlichen Proteste wäre.

Die Finanzierung dieser Investitionen könnte im übrigen erfolgen durch die Veräußerung von nur 0,5 Prozent des entbehrlichen Landesvermögens und durch aktives Immobilienmanagement. Doch getreu dem Motto "Was nicht sein kann, das nicht sein darf" wurde unser Antrag abgelehnt, und man ließ die Studierenden erneut kurzerhand im Regen stehen und schob wie gewohnt die Verantwortung nach Bonn.

Dies nennen wir eine pflichtvergessene und verantwortungslose Wissenschaftspolitik des Landes, und wir nehmen gerne die Gelegenheit wahr, im Rahmen der Debatte über die morgige Regierungserklärung zur Hochschulpolitik dies näher auszuführen.

Zusammenfassend und für heute abschließend: Die drängenden Probleme der Wissenschafts- und Forschungspolitik mit Blick auf die Zukunftsperspektive und die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Nordrhein-Westfalen bedürfen umge-

hend einer größeren politischen Zuwendung. Folgende Maßnahmen sind dabei vordringlich:

- Ausbau der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen zu einer Ideenschmiede für Gesellschaft und Wirtschaft, damit sie noch besser zur Zukunftssicherung unseres Landes beitragen können.

(Unruhe - Glocke)

Deshalb muß das Hochschulrahmengesetz in Bonn zügig beraten und beschlossen werden. Ich hoffe, Frau Ministerin, Sie setzen sich mit dem gleichen Einsatz dafür ein, wie Sie es bisher getan haben, und werden nicht knieweich.

- Bessere personelle, räumliche und sachliche Ausstattung der Hochschulen.
- Durchführung der notwendigen Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen an Hochschulgebäuden und Studentenwohnheimen.
- Mobilisierung von zusätzlichen Finanzmitteln zur besseren Umsetzung von qualitativen Reformen im Hochschul- und Forschungsbereich.

Diesen vorgenannten Ansprüchen an eine solide und zukunftsweisende Wissenschafts- und Forschungspolitik in Nordrhein-Westfalen in unserer, in eigener Verantwortung, ohne auf andere zu zeigen - denn wenn man auf andere zeigt, zeigen ja immer drei Finger auf einen selbst zurück -, wird der vorliegende Einzelplan 06 nicht einmal ansatzweise gerecht. Er gehört in den Papierkorb.

- Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile Herrn Kollegen Kessel für die Fraktion der SPD das Wort.

**Dietrich Kessel (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Während der Landtag über den Wissenschaftshaushalt 1998 berät, demonstrieren viele Studierende bundesweit für die Verbesserung ihrer Studienbedingungen. Zu den Zielen ihrer Aktionen gehört nicht nur die Durchsetzung von Forderungen zur Änderung bzw. Präzisierung einzelner Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes; sie fordern auch mit allem Nachdruck die Verbesserung ihrer täglich als unzulänglich erfahrenen Studiensituation. Sie beobachten deshalb sehr genau, welchen Stellenwert Wissenschaft und Forschung in den Parlamenten des Bundes

(Dietrich Kessel [SPD])

- A) und der Länder haben, wenn es um das Verteilen des Steueraufkommens auf die vom Staat zu erfüllenden Aufgaben geht.

Bei den vielen Gesprächen, die ich in den letzten Tagen mit Studierenden führen konnte, war ich erstaunt, wie genau sich einige Studierende inzwischen auch in Fragen der Finanzierung der Hochschulen auskennen. Ich kann Studierende nur ermutigen, sich mit diesen Fragen intensiv zu befassen und Politikerinnen und Politikern gegenüber mit allem Nachdruck deutlich zu machen, welche Erwartungen sie haben, wenn es um die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung geht.

Adressaten ihrer Forderung, die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung nicht zu reduzieren, sind einige Bundesländer und insbesondere die Bonner Regierungskoalition. Was wir dringender denn je brauchen, ist bundesweit eine Trendwende bei den Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

(Beifall bei der SPD)

Die Zukunft unseres Landes sichern heißt zuallererst, in die Qualifizierung, in die Ausbildung und in das Studium junger Menschen, in Wissenschaft und Forschung zu investieren. Politiker werden nicht müde, gerade diese Einsicht immer wieder zu betonen. Nur: Wenn es um Entscheidungen zur Verwendung von Steuergeldern für die staatlichen Aufgaben geht, kommt diese Einsicht nicht immer in ausreichendem Maße zur Geltung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten dies ändern.

Nach den Beschlüssen der Koalitionsfraktionen stehen dem Wissenschaftshaushalt 1998 rund 180 Millionen DM mehr zur Verfügung als in diesem Jahr. Dies entspricht einer Steigerungsrate von gut 2 %. Wie in den zurückliegenden Haushaltsjahren liegt diese Rate erheblich über der Steigerungsrate des Gesamthaushalts.

(Beifall der Donata Reinecke [SPD])

Dies belegt erneut den hohen Stellenwert, den Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen haben.

Auf zwei Punkte des vorliegenden Wissenschaftshaushalts sei besonders hingewiesen. Zum einen ist es gelungen, daß keine der 708 Stellen, die nordrhein-westfälischen Hochschulen über das Hochschulsonderprogramm 1 zur Verfügung gestellt werden konnten, im kommenden Jahr entfallen wird. Bei 354 dieser Stellen entfällt der

sogenannte kw-Vermerk endgültig. Dies war nur möglich, weil das Land den Anteil an der Finanzierung dieser Stellen übernommen hat, für den bei Einrichtung dieses Sonderprogramms der Bund aufgekommen ist.

Wie bisher - und das ist der zweite Punkt, den ich anmerken möchte - stehen den Hochschulen die über die sogenannten "Töpfe" aufkommenden Personalstellen wieder in vollem Umfang zur Verfügung. Diese Stellen können genutzt werden, um wichtige Neuerungen in Forschung und Lehre voranzubringen. Ich bin sehr froh darüber, daß das Land mit diesen Stellen einen wichtigen Beitrag zur Erneuerung und strukturellen Weiterentwicklung seiner Hochschulen leistet.

(Beifall bei der SPD)

Um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, im Landeshaushalt 1998 einige den Koalitionsfraktionen wichtige Akzente zu setzen, ohne das Haushaltsvolumen insgesamt zu erhöhen, war es notwendig, sich zunächst auf Einspar- und Entlastungspotentiale zu verständigen. In diesem Zusammenhang ist die Verlängerung der Stellenbesetzungssperre von 12 auf 15 Monate beschlossen worden.

Es ist bekannt, daß den Hochschulen Stellenbesetzungssperren besondere Probleme bereiten. Sicher sind nach wie vor Studienfächer, deren Studiengänge der Bewirtschaftung unterliegen, nicht von der Stellenbesetzungssperre betroffen. Nur: Daraus den Schluß zu ziehen, daß Studienfächer, die nicht über bewirtschaftete Studiengänge verfügen, Stellensperren problemlos verkraften könnten, wäre eine unzulässige Schlußfolgerung. Viele Studiengänge, die ohne Zulassungsbeschränkungen angeboten werden, sind nämlich gerade deshalb überausgelastet. Die Stellenbesetzungssperre macht häufig den Studienfächern mit derartigen Studiengängen nicht zu unterschätzende Probleme.

Ich begrüße es deshalb, daß der Einzelplan 06 von der Verlängerung der Stellenbesetzungssperre ausgenommen wurde. Daß zum Ausgleich für diese Ausnahme der Einzelplan 06 nach den Beschlüssen der Koalitionsfraktionen mit einer zusätzlichen globalen Minderausgabe in Höhe von 16 Millionen DM belastet werden soll, ist - ich will dies nicht verschweigen - aus meiner Sicht für den Wissenschaftshaushalt nur schwer verkraftbar.

(C)

(D)

(Dietrich Kessel [SPD])

- (A) Nach den Beschlüssen der Koalitionsfraktionen werden im Wissenschaftshaushalt einige Ausgabenansätze aufgestockt. In diesem Zusammenhang ist mir besonders wichtig, daß für Schwerpunkte des Innovationsprogramms Forschung zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ziel dieses Programms ist es insbesondere, neue forschungspolitische Schwerpunkte auf den Weg zu bringen und den Wissens- und Technologietransfer zu fördern. Ich schlage vor, die für das Innovationsprogramm zusätzlich vorgesehenen Mittel insbesondere für zusätzliche Forschungsschwerpunkte an Fachhochschulen zum einen und für Projekte im Rahmen eines Forschungverbundes Materialwissenschaften zum anderen zu verwenden.

Mit der Einrichtung weiterer Forschungsschwerpunkte an Fachhochschulen, deren Gegenstand anwendungs- und entwicklungsorientierte Problemstellungen in Wirtschaft und Gesellschaft sind, wird auch ein wichtiger Beitrag für die Erneuerung der Wirtschaftsstrukturen unseres Landes geleistet.

- (B) Unverständlicherweise stehen für die Finanzierung der Forschung an Fachhochschulen nach wie vor nur in sehr beschränktem Umfang Mittel aus den großen, mit öffentlichen Geldern ausgestatteten Forschungsförderungstöpfen zur Verfügung.

Auch das Programm zur Personalabsicherung von Existenzgründungen im Hochschulbereich, über das es Hochschulabsolventinnen und -absolventen ermöglicht wird, aus einer Halbtagsbeschäftigung in einer Hochschule die Gründung eines Unternehmens vorzubereiten, wird aufgestockt. Mit dem jetzt im Haushalt zusätzlich zur Verfügung stehenden Mitteln können weitere 15 Existenzgründungen pro Jahr über einen Zwei-Jahres-Zeitraum finanziert werden.

Ich halte die Ausweitung gerade dieses Programms für außerordentlich wünschenswert, weil es dazu beiträgt, in der Hochschule erworbenes Know-how unmittelbar für ein Unternehmungsgründung zu nutzen. Das ist, wenn Sie so wollen, Wissens- und Technologietransfer pur.

Hinzuweisen ist auch darauf, daß dem Landtag bei der dritten Lesung eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 06 im Umfang von 10 Millionen DM empfohlen werden wird, die für Initiativen zur Verbesserung der Studieneingangsphase genutzt werden sollen. Dies ist auch angesichts der derzeit stattfindenden

Protestaktionen ein Schritt in die richtige Richtung. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Auch bei diesen Beratungen zum Wissenschaftshaushalt kann nicht unerwähnt bleiben, daß die Situation im Hochschulbau nach wie vor unbefriedigend ist. Wie in den vergangenen Jahren läßt der Bund bei der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau auch im nächsten Haushaltsjahr das notwendige und von allen, die in den Hochschulen lehren, forschen und studieren, dringend erwartete zusätzliche Engagement vermissen.

Wiederum beteiligt er sich am Hochschulbau nur mit 1,8 Milliarden DM, obwohl der Wissenschaftsrat ihm empfohlen hat, im nächsten Jahr mindestens 2,9 Milliarden DM zur Verfügung zu stellen. Dies hat zur Folge, daß auch 1998 in Nordrhein-Westfalen nicht mit dem Bau einiger dringend benötigter Hochschulgebäude begonnen werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es kann nicht Aufgabe des Landes sein, die mangelnde Beteiligung des Bundes an der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau zu kompensieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dies ist auch einer der Gründe, weswegen wir es nicht für richtig halten, den in diese Richtung gehenden Antrag der CDU-Fraktion zu übernehmen. (D)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich abschließend noch einmal nachdrücklich dafür werben, die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung trotz aller Probleme der staatlichen Finanzen zumindest auf dem erreichten Niveau zu halten und, soweit möglich, auch zu erhöhen. Abstriche bei diesen Ausgaben verschlechtern nicht nur die Bildungs- und damit Beschäftigungschancen junger Menschen; sie wären zugleich auch gegen die Wahrung der Chancen zukünftiger wirtschaftlicher Entwicklungen unseres Landes gerichtet.

Ich bitte Sie, dem Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung zuzustimmen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile das Wort Frau Kollegin Fitzek für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

A) **Ingrid Fitzek (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die öffentliche Aufmerksamkeit für die Themen Bildung und Wissenschaft ist in den letzten Wochen deutlich gestiegen. Dazu haben neben der vielbeachteten Rede des Bundespräsidenten vor allem die vielfältigen Protestaktionen der Studierenden beigetragen.

Genau vor einer Woche haben allein in Düsseldorf gut 40 000 Studenten und Studentinnen demonstriert. Die finanzielle Situation an den Hochschulen war und ist ein Punkt, auf den sich die Proteste der Studierenden beziehen.

Ich begrüße es ausdrücklich, daß wir an zwei aufeinanderfolgenden Plenartagen, morgen im Rahmen der Regierungserklärung, Gelegenheit haben, als Landtag zur Situation an den Hochschulen und zur Bedeutung von Bildung und Wissenschaft für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft Stellung zu nehmen.

Die Finanzen, um die es heute primär geht, sind für den Wissenschafts- und Hochschulbereich nicht alles. Strukturelle Maßnahmen sind ebenso wichtig. Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen ist das Geld aber ein wesentlicher Indikator für die Prioritätensetzung der Politik. Denn ohne Geld ist alles nichts. Im Haushaltsentwurf 1998 war für den Einzelplan 06 noch eine Steigerungsrate von 2,9 % auf 8,529 Milliarden DM vorgesehen.

B) Nachdem die Ergebnisse der Steuerschätzung auf Bundesebene vorlagen, wurde das Ausmaß des Finanzdebakels in Bonn sichtbar. Durch die verheerende Steuerpolitik des Bundes muß Nordrhein-Westfalen Steuerausfälle in Milliardenhöhe verkraften. In der Konsequenz bedeutet das für den Einzelplan 06, daß eine globale Minderausgabe von gut 71 Millionen DM aufgebracht werden mußte. Leider haben wir dadurch nur noch eine Steigerungsrate von 2 % im Wissenschaftsbereich. In der Koalition sind wir uns einig, daß sowohl die Hochschulen als auch die neuen innovativen rot-grünen Akzente durch diese Belastung so wenig wie möglich leiden sollen.

Aber nicht nur durch seine ruinöse Steuerpolitik trocknet der Bund die finanziellen Spielräume für den Wissenschaftsbereich aus: Hat er Anfang der 70er Jahre noch 15 % der Ausgaben im Hochschul- und Wissenschaftsbereich getragen, trägt er heute nur noch 5 %. Nach und nach schleicht sich der Bund aus seiner Verantwortung für diesen Bereich.

Durch die Streichung des Hochschulsonderprogramms 1 sind für Nordrhein-Westfalen die gesamten Kosten für 708 Personalstellen angefallen. Seit 1996 müssen deshalb jedes Jahr gut 30 Millionen DM zusätzlich aufgebracht werden, um diese Stellen fortzuführen. (C)

Die rot-grüne Koalition hat sich dazu entschlossen und wird diese Stellen auch 1998 weiter finanzieren. 100 Stellen aus diesem Paket haben leider noch einen kw-Vermerk bis Februar 1999. Wegen der klaren Vereinbarung dazu in der Koalition bin ich aber zuversichtlich, daß wir dieses Problem beim nächsten Haushalt lösen werden.

Vergleichbar ist die Entwicklung im Hochschulbau. Der Bund zahlt mittlerweile 1 Milliarde DM für diese Gemeinschaftsaufgabe zu wenig. Es nützt nichts, Herr Kuhmichel, wenn Sie hier immer wieder Landesprogramme fordern. Es gibt diese Gemeinschaftsaufgabe, und das Land ist einfach nicht in der Lage, die Ausfälle des Bundes 1 : 1 zu kompensieren.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

In Nordrhein-Westfalen können deshalb nur knapp ein Viertel der angemeldeten Bauvorhaben und nur knapp die Hälfte der notwendigen Großgeräte finanziert werden. (D)

Trotz dieser Belastungen ist es im Grundsatz gelungen, im Einzelplan 06 eine positive Fortschreibung der unter Rot-Grün begonnenen Ansätze vorzunehmen und damit insgesamt die von Rot-Grün gewollte positive Entwicklung im Hochschulbereich zu unterstreichen. So ist die Steigerung der Mittel für Lehre und Forschung auf 484 Millionen DM positiv.

Ergänzend zu dem, was Herr Kessel schon erwähnt hat, möchte ich im Forschungsbereich vor allen Dingen die Nachwuchsförderung hervorheben. Hier haben wir von grüner Seite darauf gedrungen, daß die Mittel aufgestockt werden. Das gilt sowohl für die Graduiertenförderung, die um 1 Million DM auf knapp 5 Millionen DM aufgestockt worden ist, als auch für die Nachwuchsförderung für Frauen an Hochschulen. Dies ist vor allem geschehen, weil wir wissen, daß bis zum Jahr 2005 gut die Hälfte der Personalstellen pensionsbedingt frei werden. Wir sind uns in der Koalition einig, daß es jetzt notwendig ist, qualifizierte Frauen zu fördern, damit sie die Chance haben, in diese gehobenen Berufspositionen einzurücken.

(Ingrid Fitzek [GRÜNE])

- (A) Bei den Frauenbeauftragten haben wir es leider nicht geschafft, den Ansatz von 1997 zu halten. Dort ist eine leichte Kürzung zu verzeichnen. Ich gehe aber davon aus, daß die finanziellen Mittel für die Frauenbeauftragten auch an den Hochschulen verstetigt werden können und der sächliche Hintergrund für ihre qualifizierte Arbeit geschaffen wird, sobald wir auf Landesebene das Landesgleichstellungsgesetz verabschiedet haben.

Wir haben auch wieder 100 000 DM eingesetzt, um zu der Frage "Frauenhochschulen" die notwendigen juristischen Aspekte abzuklären.

Ergänzend will ich noch zum Innovationsprogramm Forschung anmerken: Wir werden im nächsten Jahr auch aus diesem Programm endlich die Umweltbeauftragten, die im Koalitionsvertrag vereinbart sind, beziehungsweise die Einrichtung von Umweltmanagementsystemen an Hochschulen finanzieren können.

Bezogen auf den Personalbereich des Einzelplans 06 gibt es allerdings zwei Problembereiche, die bisher gar nicht beziehungsweise sehr unbefriedigend gelöst sind. Sie sind aus meiner Sicht jedoch für eine mittelfristige Perspektive der Hochschulen wichtig.

- (B) Der erste Bereich betrifft konkrete Stellenbedarfe an bestimmten Hochschulen. Hier stellt sich für mich die Frage, wie wir Lösungen, gegebenenfalls Übergangslösungen, mit Blick auf den nächsten Haushalt finden können, damit an den betroffenen Hochschulen nicht einfach ein wichtiger Bereich wegbricht. Die Gespräche dazu haben in der Koalition gerade erst begonnen.

Der zweite Bereich ist grundsätzlicherer Natur. Herr Kessel hat schon darauf hingewiesen und gestern wurde bereits darauf aufmerksam gemacht, daß ein Teil der Umschichtung zugunsten rot-grüner Projekte, die von den Koalitionsfraktionen im Haushalt vorgenommen werden, durch eine Verlängerung der Stellenbesetzungssperre um drei auf insgesamt 15 Monate finanziert werden soll. Davon abgesehen, daß ich persönlich diesen Weg generell für sehr problematisch halte, hätte diese Regelung für den Wissenschaftsbereich verheerende Konsequenzen. Ein Großteil der Stellen, hauptsächlich Qualifikationsstellen, Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, sind im Wissenschaftshaushalt befristet, oft zwischen drei und fünf Jahren.

Der Einzelplan 06 würde im Vergleich zu anderen Ressorts trotz bestimmter Ausnahmeregelungen überproportional belastet, und das vor allem in einem Bereich der Nachwuchsförderung, der von beiden Koalitionsfraktionen als besonders wichtig angesehen wird. In den Verhandlungen zum Haushalt ist es zwar gelungen, den Wissenschaftshaushalt von der Verlängerung der Stellenbesetzungssperre auszunehmen, aber die finanzielle Kompensation dafür in Höhe von 16 Millionen DM soll dem Einzelplan 06 in voller Höhe aufgebürdet werden. In der Gemengelage unterschiedlichster Koalitionsinteressen war es bisher nicht möglich, eine Lösung zu finden, die der vereinbarten Priorität von Wissenschaft und Forschung in diesem Punkt Rechnung trägt.

Als GRÜNE sind wir zwar angetreten, Nordrhein-Westfalen mit dieser Koalition auch im Hochschulbereich in Bewegung zu bringen, aber ich bin der Meinung, daß diese Bewegung nicht darin bestehen sollte, daß die Studierenden demnächst wegen *unserer* Politik auf die Straße gehen. Eine derartige Aufstockung der globalen Minderausgabe über das durch den Bund verschuldete Maß hinaus halte ich aber angesichts der an den Hochschulen vorhandenen Engpässe und in Anbetracht der berechtigten Proteste der Studierenden für ein falsches Signal. Ich hoffe, daß bis zur dritten Lesung eine bessere sachgerechte Lösung gefunden werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich persönlich - ich spreche jetzt als frei gewählte Abgeordnete - werde heute anders als meine Fraktion aus den genannten Gründen dem Einzelplan 06 nicht zustimmen und mich der Stimme enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ellen Werthmann [SPD]: Jetzt reicht's aber langsam! - Dr. Hans Kraft [SPD]: Wie bitte? - Weitere Zurufe)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile der Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Frau Brunn, das Wort.

**Anke Brunn, Ministerin für Wissenschaft und Forschung:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Nordrhein-Westfalen gilt Priorität für Wis-

(Ministerin Anke Brunn)

- 1) Wissenschaft und Forschung, und dennoch gibt es an vielen Stellen Defizite und Mängel, auf die die Studierenden in den letzten Wochen auch aufmerksam gemacht haben.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Ich will auch gern einräumen, daß es manchmal sehr schwerfällt, diesen Mängeln abzuhelfen, weil Priorität für Wissenschaft und Forschung im Widerstreit mit und in Konkurrenz zu anderen Interessen in anderen Bereichen durchgesetzt werden muß, die auch ihre Sorgen haben. Da geht es um die Sicherheit, um die Schulen; da geht es um die Probleme des Strukturwandels. Das alles zusammen muß ja auf einen Nenner gebracht werden.

Dennoch bin ich froh, daß es in den letzten Jahren immer wieder gelungen ist, die Priorität nicht nur zu behaupten, sondern vor allen Dingen mit Zahlen zu belegen, wie es auch der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung gesagt hat, daß nämlich in Nordrhein-Westfalen Wissenschaft und Bildung Priorität genießen.

Die Opposition bezeichnet es gern als Schwarzer-Peter-Spiel, wenn wir darauf hinweisen, daß das in Bonn genau nicht der Fall ist. Ich erkenne übrigens durchaus an, daß der Zukunftsminister, wie er sich in Bonn gern nennen läßt, vieles Richtige angekündigt hat, daß er sich vielleicht sogar bemüht hat; aber er hat es leider nicht durchgesetzt - und das ist das Problem, das auch bei uns mit deutlich wird: Herr Rüttgers hat, seit er 1994 als Zukunftsminister gestartet ist, heute 835 Millionen DM weniger für Bildung und Forschung in seinem Haushalt. Zum Vergleich: Nordrhein-Westfalen hat im gleichen Zeitraum seine Mittel um 535 Millionen DM gesteigert. In dieser Klemme befinden wir uns: daß wir dauernd ausfallende Bundesmittel kompensieren müssen, was wir eigentlich nicht können. Das ist kein Schwarzer-Peter-Spiel; das sind schlicht und einfach Zahlen schwarz auf weiß!

Ich will nicht vom Niedergang des Bafög berichten; dazu werde ich morgen etwas sagen. Aber ich möchte doch daran erinnern, daß völlig ohne öffentliche Aufmerksamkeit

(Unruhe - Glocke)

im Bundesetat die zwischen Bundeskanzler und Ministerpräsidenten verhandelten zusätzlichen Mittel für die Deutsche Forschungsgemeinschaft und für die Max-Planck-Gesellschaft um 20 Millionen DM gekürzt worden sind und daß das Geld nun auch wiederum beim wissenschaft-

lichen Nachwuchs fehlt, daß es bei der Forschung fehlt, also genau bei den Schwerpunkten, die auch für unser Land wichtig sind. Das, so finde ich, ist eine schlechte Politik, die auf uns durchschlägt. (C)

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, daß wir in Nordrhein-Westfalen unsere Position halten konnten, ja, daß wir in den letzten zehn Jahren den Bildungshaushalt sogar um 45 % steigern konnten. Wir merken das im Vergleich auch zu anderen Bundesländern. Wenn ich die Klagen aus Baden-Württemberg und Berlin zum Beispiel höre, dann bin ich froh, daß hier auch Landesregierung und Landtag Position gehalten haben.

Leider können wir in dem jetzt zu verabschiedenden Haushalt von seiten der Landesregierung 50 Millionen weniger für den Wissenschaftshaushalt vorschlagen, als ursprünglich vorgesehen war. Der Landtag hat seinerseits noch einmal Veränderungen vorgenommen, die eben erwähnt worden sind. Dennoch bleibt mit einer Steigerungsrate von über 2 %, für die ich dankbar bin, Priorität erhalten.

Zu der Stellenbesetzungssperre haben meine beiden Vorredner eben das Notwendige gesagt; dem kann man nichts hinzufügen. Ich glaube aber, es ist wichtig, daß wir in diesem Haushalt erreichen konnten, daß die Stellen für das Hochschulsonderprogramm I in einer Größenordnung von 354 etatisiert worden sind, das heißt, daß 354 kw-Vermerke gestrichen worden sind, daß die anderen Stellen aus dem Hochschulsonderprogramm I auf das Jahr 2001 beziehungsweise auf das Jahr 1999 geschoben worden sind. (D)

Dafür konnten wir allein im kommenden Jahr 63 Millionen DM für diese Stellen des Hochschulsonderprogramms I erhalten, was den Hochschulen angesichts der Personalnot eine große Hilfe ist. Das sind nämlich auch ausfallende Bundesmittel, die wir hier leider kompensieren müssen, aber für die Hochschulen ist das außerordentlich wichtig.

Meine Damen und Herren! Auch die Mittel der Titelgruppe 94, Mittel für Forschung und Lehre einschließlich der Bibliotheken, konnten angehoben werden. Das sind Mittel, die wir übrigens als erstes Bundesland leistungsbezogen verteilen, und zwar inzwischen zu 50 %. Bei leistungsbezogener Verteilung gibt es naturgemäß Gewinner und Verlierer. Ich bin dazu in der letzten Zeit in manchem studentischen Diskussionsbeitrag auch kritisiert worden. Doch ich stehe dazu. Ich kenne

(Ministerin Anke Brunn)

- (A) jedenfalls im Augenblick kein besseres Instrument als das Mittel des finanziellen Anreizes, um Engagement in der Lehre, in der Nachwuchsförderung oder in der Drittmittelinwerbung in der Forschung zu erhöhen.

Um den Ängsten einer unverträglichen Auswirkung der leistungsbezogenen Mittelverteilung zu begegnen, sind wir im Einvernehmen mit der Landesrektorenkonferenz für 1998 bei einer Verteilungsquote von 50 % geblieben. Ich meine allerdings, wir sollten diese Quote weiter erhöhen, damit auch deutlich wird, daß sich das Engagement der Hochschulen für eine bessere Hochschulpolitik auch für sie lohnt.

In einer Zeit, in der die Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte dramatisch einbricht, ist es schon ein großer Erfolg, wenn die disponiblen Programmmittel immerhin überrollt werden konnten. Das gilt für die Forschungsförderung und das Innovationsprogramm Forschung. Ich bin dem Landtag dankbar, daß er mir beziehungsweise den Hochschulen ermöglichen wird, im Rahmen des Innovationsprogramms Zusätzliches zu tun.

- (B) Ich erinnere übrigens auch an unser Programm "Notzuschlag auf Zeit". Das sind Äquivalente von 1 000 Stellen, die wir in die Hochschulen für besonders überlastete Fächer geben können. Auch dieses Programm wird ebenso wie das Aktionsprogramm "Qualität der Lehre" fortgesetzt, bei dem ich mir allerdings für die Zukunft eine zusätzliche Anstrengung im Bereich der Studienanfänger wünsche.

Wir haben hier einiges tun können, was auch dazu führt, daß Nordrhein-Westfalen in sehr vielen bundesweiten Vergleichspositionen absolut die Spitze einnimmt, zum Beispiel was die Einwerbung von Sonderforschungsbereichen der Deutschen Forschungsgemeinschaft betrifft. Nordrhein-Westfalen mit seiner jungen, dynamischen Hochschullandschaft hat hier inzwischen eine Spitzenposition, und das finde ich sehr schön. Dafür sollten wir auch den Hochschulen danken; denn dahinter steckt unheimliche Anstrengung, das unter schwierigen Bedingungen zu schaffen.

(Dr. Hans Kraft [SPD]: Sehr richtig! - Beifall bei der SPD)

Beim Hochschulbau, den Herr Kollege Kuhmichel erwähnt hat, möchten Sie gern mehr Geld haben. Herr Kuhmichel, das hätte ich auch gern. Aber Ihr Antrag ist überhaupt nicht dienlich; denn wenn

wir in Nordrhein-Westfalen allein mehr Geld einsetzten, würden wir die Bundesmittel nicht bekommen, weil der Bund wirklich gegen jedes sachliche Argument seine Mittel für den Hochschulbau seit mehreren Jahren eingefroren hat.

Wir müssen immer wieder Projekte zurückstellen, weil der Bund nicht genügend Mittel zur Verfügung stellt. Das heißt, wir könnten solche Mittel überhaupt nicht ausgeben. Um so wichtiger ist es, daß wir das, was wir bekommen können, auch relativ schnell an den Mann und an die Frau bringen und daß wir den Ausbau der Fachhochschule Rhein-Sieg und der Fachhochschule Gelsenkirchen und wichtige Baumaßnahmen im Bereich der Medizin auch zügig fortsetzen können.

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Frau Ministerin, Herr Kuhmichel hatte eine Zwischenfrage.

**Anke Brunn, Ministerin für Wissenschaft und Forschung:** Ich möchte jetzt zum Schluß kommen. Wir haben ja morgen noch genügend Gelegenheit, über Hochschulpolitik zu diskutieren.

Ich halte es für wichtig, daß der Hochschulbau hier ganz deutlich als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Land gesehen wird und daß wir für die Zukunft nach wie vor darauf hinweisen, daß wir den Bund in diesem Bereich nicht aus der Verantwortung entlassen können.

Übrigens ist Nordrhein-Westfalen das einzige Land, was zuletzt noch gegen den Rahmenplan für den Hochschulbau gestimmt hat, weil alle anderen gemeint haben, es hätte gar keinen Sinn mehr, den Bund auf seine Verantwortung hinzuweisen. Ich glaube aber, wir stehen in der Pflicht, für die Bauten der Hochschulen zu sorgen. Da ist es einfach notwendig, daß bei einer Gemeinschaftsaufgabe - wenn sie denn überhaupt noch Zukunft haben soll - beide Seiten, Bund und Land, ihre Aufgaben wahrnehmen.

Wir haben einiges tun können, um trotz Einbruch der Steuereinnahmen eine überdurchschnittliche Steigerungsrate für den Hochschulbereich zu erhalten. Ich würde mich sehr freuen, wenn der Landtag diesem Haushalt zustimmt, damit wir auf einer klaren Basis für die Zukunft handlungsfähig sein können. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)



A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratungen. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse **abstimmen** über den **Einzelplan 06** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/2606**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Wer stimmt dagegen? Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dies mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der Abgeordneten Fitzek so **beschlossen**.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft**

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/2610 und den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/2675.

Wir beginnen mit dem Abschnitt

**a) Umwelt und Raumordnung**

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Stump das Wort.

**Werner Stump (CDU):** Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Umweltetat ist aufgerufen. Zieht man nach zweieinhalb Jahren Umweltpolitik der rot-grünen Koalition Bilanz, so ist Erfolglosigkeit festzustellen. Vieles hatten sich die Koalitionäre vorgenommen. Verändert wurde bisher nichts.

Gleichwohl wurden mit großen Worten umweltpolitische Kampagnen angekündigt. Ich erinnere an die Ozonkampagne. Die Gelder wurden erst gar nicht angepackt. Ich erinnere daran, daß der Elektrosmog zu einem wichtigen Sachthema erklärt wurde. Zu diesem Thema hören wir nichts. Der Bodenschutz, die außerschulische Umbildung und viele andere Themenbereiche, die nach vorn getragen wurden - überall ist Fehlanzeige. Heißer Dampf stieg auf. Aber letztendlich fand keine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesen Themen statt. Stillstand und Konzeptlosigkeit, das ist das Urteil nach zweieinhalb Jahren rot-grüner Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen.

Mit der Rechtskraft des Kreislaufwirtschaftsgesetzes erwarten wir seit langem die Novelle zum

Landesabfallgesetz. Sie liegt bis heute nicht vor. Das, was wir von ihr kennen, deutet darauf hin, daß es ein reines Anlagenschutzgesetz wird, ohne daß ein neuer Aufbruch in eine ökologisch orientierte Abfallwirtschaft nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen stattfindet. (C)

Zum Thema Altlasten - seit Jahren mit Stillstand belegt. Über 20 000 erfaßte Altlasten in Nordrhein-Westfalen warten darauf, in angemessener Weise auch eine politische Antwort zu erhalten. Mit dem Lizenzaufkommen ist eine halbherzige Lösung gefunden worden. Beide Vertragsparteien betrachten sich mit gegenseitigem Mißtrauen, und es steht das Konzept aus unserer Sicht auf tönernen Füßen.

Im Bereich Abwasser werden die Mittel gehortet. Sie werden für Programme ausgegeben, bei denen ein Mitnahmeeffekt letztendlich stattfindet, aber die Gelder fließen nicht dorthin, wo sie hinfließen müßten, nämlich in die Kommunen des ländlichen Raumes, um dort eine Begrenzung der Höhe der Abwassergebühren zu bewirken.

Über den Hochwasserschutz wird viel geredet, letztendlich aber nichts dafür getan. Alle Initiativen der CDU-Fraktion werden zurückgedrängt.

Die Bilanz der rot-grünen Umweltpolitik ist mager und versetzt das Land in einen Zustand der Lähmung. (D)

(Beifall bei der CDU)

Eingehen möchte ich auch auf die Widersprüche in der Umweltpolitik dieser Koalition. Rot und Grün wollen den produktionsintegrierten Umweltschutz. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Die Frage ist nur: Wie wird dieses Ziel organisiert? Die GRÜNEN wollen eigens eine Kopfstelle einrichten und setzen hierfür 3 Millionen DM im Haushalt durch. Matthiesen erklärt dagegen, eine Kopfstelle sei nicht erforderlich. Im Umweltausschuß stimmen die Sozialdemokraten dem grünen Wunsch zu. Sie stellen damit Matthiesen ins Abseits.

Die GRÜNEN wollen die mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen mit staatlicher Subvention als eine weitere Entsorgungsschiene aufbauen. Matthiesen erklärt in einer Pressekonferenz, daß er dies nicht zulassen wolle. Im Umweltausschuß stimmen die Sozialdemokraten für 1998 einer Erhöhung des Ansatzes auf 10 Millionen DM Fördergelder zu, um die mechanisch-biologischen Abfallentsorgungsanlagen zu forcieren.